

Sie können die QR Codes nützen um später wieder auf die neuste Version eines Gesetzestexts zu gelangen.

# RS Lvwg 2018/7/19 VGW-102/013/9819/2017

JUSLINE Entscheidung

② Veröffentlicht am 19.07.2018

#### Rechtssatznummer

1

## Entscheidungsdatum

19.07.2018

#### Index

10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) 41/01 Sicherheitsrecht

#### Norm

B-VG Art. 130 Abs1 Z2

**SPG §16** 

SPG §38a Abs1

## Rechtssatz

Was das vor Jahren gegen den Beschwerdeführer verhängte Betretungsverbot betrifft, so kann schon einmal dessen Rechtswidrigkeit nicht als erwiesen gelten, wurde es doch keiner rechtlichen Überprüfung durch den damals zuständigen unabhängigen Verwaltungssenat unterzogen. Da eine nachträgliche Rückziehung ihrer Aussagen durch die mutmaßlich gefährdete Ehegattin nichts Verwertbares über die Richtigkeit der ursprünglich getätigten Angaben aussagt, weil zahlreiche andere Motive dafür maßgeblich sein können, hätten die Beamten auch bei Kenntnis dieses Verlaufs nicht davon ausgehen können, dass das damals verhängte Betretungsverbot inhaltlich zu Unrecht erlassen worden wäre.

#### **Schlagworte**

Betretungsverbot; Wegweisung; Sicherungsmaßnahme; Gefährdungsprognose; bevorstehender gefährlicher Angriff; Präventivcharakter

#### **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:LVWGWI:2018:VGW.102.013.9819.2017

## Zuletzt aktualisiert am

19.09.2018

Quelle: Landesverwaltungsgericht Wien LVwg Wien, http://www.verwaltungsgericht.wien.gv.at

## © 2024 JUSLINE

 $\label{eq:JUSLINE} \textit{JUSLINE} \textbf{@} \ \textit{ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter \& Greiter GmbH.} \\ \textit{www.jusline.at}$